

Fremd- vs. Selbstbestimmung



Steuern können als verfassungsrechtlich legalisierte Enteignung gedeutet werden oder als gemeinsam durch Mehrheiten beschlossene Mitgliederbeiträge. In beiden Fällen spielt die Zustimmung durch Mehrheiten eine Rolle.

Der Slogan der amerikanischen Revolution lautete: «No taxation without representation», keine Steuer ohne demokratische Zustimmung. (Boston Tea Party, 1773).

Dieses Prinzip wird heute durch die demokratisch abgesegnete Steuerprogression und die Staatsverschuldung infrage gestellt. Sie erlauben eine Fremdbestimmung der Minderheit von Netto-Steuerzahlern durch eine Mehrheit von Netto-Empfängern von Staatsgeldern und, was noch schlimmer ist, eine Belastung künftiger Generationen zugunsten der gegenwärtigen «alternden Gesellschaft» in der die junge Generation eine Minderheit bildet.

Die Jungen werden von den gegenwärtigen Profiteuren des umverteilenden Daseinsvorsorgestaates generationenübergreifend fremdbestimmt. Die gegenwärtig Lebenden haben ein angeblich «soziales» Umverteilungssystem etabliert, das kollektive Schulden vererbt und teilweise auf Kosten der Kinder und Kindeskinde lebt.

Das ist ein ökonomischer und sozio-kultureller Missstand, der in diesem Ausmass in der Menschheitsgeschichte einmalig ist. Weltweit war es doch das Ziel aller verantwortungsbewussten Eltern, dass es ihren Kindern mindestens so gut und wenn möglich sogar besser gehen sollte wie ihnen.

Robert Nef, Publizist, St.Gallen

Probleme in China, Probleme mit China: Massive Folgen für die Ostschweiz

Unser Land ist in den letzten Jahren mehr und mehr von Importen aus China abhängig geworden. Wenn in China wegen Corona Fabriken die Produktion stoppen und in den Häfen die Containerschiffe blockiert sind, wirken sich Unterbrüche der Lieferketten direkt auf die Schweiz aus.

In der Ostschweiz wird so viel und so gut produziert wie sonst nirgendwo im Land. Viele Roh- und Zwischenprodukte aus Stahl und Aluminium stammen aus China, aber auch zahlreiche Basisstoffe für die Pharmaindustrie. Und ohne chinesische Solarpanels und Batterien für Elektroautos kann sich der Bundesrat seine Klimaziele in den Kamin schreiben.

Trotz Corona: Im letzten Jahr betrieben wir mit China so viel Handel wie nie zuvor. Nach den USA, Deutschland und Italien ist dieser wirtschaftliche Riese schon die Nummer vier unter unseren Handelspartnern. Aber diese Aussenhandelszahlen sind nur ein Teil des grossen Ganzen. Viele Produkte gelangen indirekt in die Schweiz, zum Beispiel über Hongkong oder verschiedene EU-Länder. Die Abhängigkeit von China ist somit noch grösser als angenommen.

China denkt in Generationen – und nicht in Quartalsabschlüssen wie manch ein Bonusjünger unter den hiesigen Managern. Das Land hat sich nicht nur zahlreiche Rohstoffvorkommen auf der ganzen Welt gekrallt; es hat auch die notwendige Infrastruktur zur Verarbeitung aufgebaut. In vielen Fällen ist es gar nicht möglich, andere Bezugsquellen zu finden.

Doch der Handel ist keine Einbahnstrasse: Wir exportieren weit mehr nach China, als wir von dort importieren. Das heisst auch, dass die völlig übertriebenen Corona-Lockdowns im Reich der Mitte (mit etwas Verzögerung) einen massiven Impakt auf die Industrie in der Ostschweiz haben.

Darauf haben wir keinen Einfluss. Auf die verfehlte «Politik des erhobenen Zeigefingers» des Bundesrates gegenüber China hingegen müssen wir Einfluss nehmen. Auf das Mitlaufen der Kantonsregierungen ebenfalls. Sonst kommt es nicht gut für unsere Wirtschaft.



Der Rheintaler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und Mitglied des Europarates.